

Abschieben in den Tod

Entsprechen »KZ-ähnliche Verhältnisse« in libyschen Internierungslagern den »Werten und Interessen Deutschlands«? Die Regierung meint: Ja

Sebastian Carlens

Die Bundesregierung will die Pläne der EU zur Abschottung Europas umsetzen, teilte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin mit. Kern der Vorschläge, die am Freitag auf dem EU-Gipfel in Malta eronnen wurden (*JW* berichtete), ist die Einrichtung von Internierungslagern in Afrika. Dies bekräftigten die EU-Außenminister am Montag in Brüssel. Migranten sollen gar nicht erst das Mittelmeer erreichen, um eine Flucht nach Europa zu wagen. Dies alles müsse laut Seibert im Einklang »sowohl mit den Werten als auch mit den Interessen Deutschlands« stehen. Das bürgerkriegszerrüttete Libyen könnte hierbei eine Schlüsselstellung einnehmen. Durch das Abkommen mit der Türkei habe man bereits »Erfolge auf der Ägäis-Route« gehabt, sagte Seibert. Der Deal mit dem türkischen Präsidenten blockiert die Fluchtroute über den Bosphorus, Flüchtlinge aus dem arabischen Raum werden schon in der Türkei interniert.

In Seiberts Worten klingt der EU-Plan menschenfreundlich: Die »Herkunfts- und Transitländer« sollten unterstützt werden, damit »eine Alternative zu Flucht oder Migration« bestehe.

Das Auswärtige Amt hatte die Zustände in den libyschen Lagern als »KZ-ähnliche Verhältnisse« bezeichnet. Nach einer Korrespondenz der deutschen Botschaft in Niger werden in libyschen Flüchtlingslagern »allerschwerste, systematische Menschenrechtsverletzungen« begangen, berichtete die *Welt am Sonntag* am 29. Januar. »Authentische Handyfotos und -videos belegen die KZ-ähnlichen Verhältnisse in den sogenannten Privatgefängnissen.« Dort würden Schlepper Migranten gefangenhalten. »Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind dort an der Tagesordnung«, heißt es weiter. »Augenzeugen sprachen von exakt fünf Erschießungen wöchentlich in einem Gefängnis – mit Ankündigung und jeweils freitags, um Raum für Neuankömmlinge zu schaffen (...) und damit den Profit der Betreiber zu erhöhen.«

Angesichts derartiger Zustände hatte sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Januar gegen Abschiebungen in das Land ausgesprochen. Menschen könnten nur zurückgeschickt werden, »wenn sich die politische Situation in Libyen verbessert hat«, hatte Merkel am 29. Januar in ihrer wöchentlichen Videobotschaft gesagt. Dies scheint sich binnen einer guten Woche grundlegend geändert zu haben.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann, der sich am Sonntag hinter Überlegungen des Innenministers Thomas de Maizière (CDU) gestellt und Abschiebungen von Bootsflüchtlings nach Nordafrika gefordert hatte (*JW* berichtete), musste sich am Montag Kritik aus den eigenen Reihen anhören. Der neue Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) bezeichnete Libyen als »sehr unsicheren Platz«. Auch Oppermanns Stellvertreterin Eva Högl sprach sich gegen Abschiebungen aus: »Da herrscht kein Frieden, und wir können nicht davon ausgehen, dass dort sichere, rechtsstaatliche Verfahren geführt werden«, so die SPD-Vizefraktionschefin im *ARD-Morgenmagazin*.

Oppermann ruderte schließlich zurück: »Ich rate dazu, auch in und mit Libyen nach Wegen zu suchen, wie wir die unerträgliche Situation der Flüchtlinge dort verbessern können«, sagte er am Montag gegenüber *Reuters*. »Völlig klar ist, dass wir derzeit keine Flüchtlinge dorthin zurückschicken können.« »Derzeit«: Die Halbwertszeit solcher Aussagen im politischen Berlin ist bekannt.

<http://www.jungewelt.de/2017/02-07/003.php>